

Der Blick auf die Schulen ist kritisch geworden

Von Ulrich Mendelin

RAVENSBURG – Gute Schulen gehören nicht nur zu den originären Zuständigkeiten der Landespolitik. Aus Sicht der Bevölkerung sind sie auch eine ihrer besonders wichtigen Aufgaben. Das haben bereits frühere Untersuchungen des BaWüChecks der baden-württembergischen Tageszeitungen gezeigt. Die Bürger machen in der Bildungspolitik teilweise erhebliche Mängel aus – und doch fällt das summarische Urteil der Bevölkerung und insbesondere von den Eltern schulpflichtiger Kinder vergleichsweise positiv aus.

Immerhin 47 Prozent der Bevölkerung und 53 Prozent der Eltern von Schulkindern bewerten die Schulen in Baden-Württemberg überwiegend positiv. 45 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sowie 42 Prozent der Eltern von Schulkindern äußern sich jedoch kritisch über den Zustand der Schulen in Ba-

den-Württemberg. Vergleiche mit früheren Untersuchungen des Allensbacher Instituts zeigen allerdings, dass sich das Meinungsbild über das Schulsystem deutlich verschlechtert hat. Vor rund zehn Jahren bewerteten noch 75 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung die Schulen in Baden-Württemberg positiv, lediglich 15 Prozent negativ.

Dabei zeigt die aktuelle Befragung, dass die Bürger die großen Belastungen des Lehrberufs sehen und den Pädagogen eine große Verantwortung zuschreiben. Sie sehen aber auch die schwierigen Rahmenbedingungen – etwa was die Beeinträchtigung des Unterrichtsniveaus durch Schüler angeht, die nicht ausreichend deutsch verstehen, und der Mangel an Lehrkräften. Dabei zeigt sich auch, dass das Außenbild der Bevölkerung vom Alltag in den Schulen in weiten Teilen kritischer ist als das Erfahrungsbild der Eltern.

Die Umfrage der Tageszeitungen

Wie zufrieden sind die Menschen in Baden-Württemberg mit der Arbeit der Landesregierung? Werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wo wird nur geredet, wo wird gehandelt? Das wollten die Tageszeitungen in Baden-Württemberg in ihrer gemeinsamen Umfrage, dem BaWüCheck, genauer wissen und arbeiteten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammen. Das IfD befragt einmal im Monat im Auftrag der Tageszeitungen mehr als 1000 Menschen

im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten.

Das IfD gehört zu den namhaftesten Umfrage-Instituten

Deutschlands, auf den Rat der IfD-Chefin Renate Köcher greifen Vorstandsvorsitzende, Regierungschefs und Verbände zurück.

Die gedruckten Tageszeitungen in Baden-Württemberg erreichen jeden Tag mehr als fünf Millionen Menschen, hinzu kommen die Leserinnen und Leser auf den reichweitenstarken Onlineportalen der Tageszeitungen.

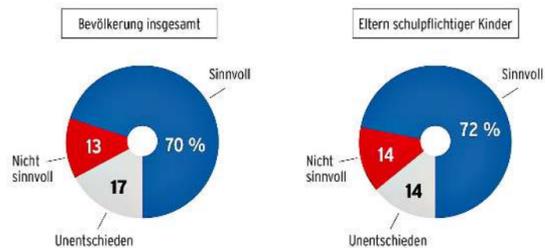


Frage: „Was verbinden Sie ganz generell mit Lehrern bzw. dem Lehrerberuf?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 684/1

Frage: „Die Landesregierung hat beschlossen, dass Baden-Württemberg ab dem kommenden Schuljahr vom achtjährigen Gymnasium, dem sogenannten G8, zum neunjährigen Gymnasium, dem G9, zurückkehren wird. Finden Sie die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium alles in allem sinnvoll oder nicht sinnvoll?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 684/1

Starker Rückhalt für das neunjährige Gymnasium

Trotz des kritischen Gesamturteils über die Bildungspolitik der baden-württembergischen Landesregierung finden einzelne Beschlüsse durchaus breite Zustimmung.

So halten es 70 Prozent der Bevölkerung und 72 Prozent der Eltern schulpflichtiger Kinder für sinnvoll, dass Baden-Württemberg ab dem kommenden Schuljahr vom achtjährigen Gymnasium, dem sogenannten G8, zum neunjährigen Gymnasium, dem G9, zurückkehren wird.

Nur 13 beziehungsweise 14 Prozent sehen das anders und finden eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium, wie es vor 2004 an Baden-Württembergs Gymnasien üblich war, nicht sinnvoll.

Die Landesregierung hatte die Kehrtwende nach stetem Druck einer Elterninitiative im Frühjahr offiziell gemacht. G8 soll es zwar weiterhin in Baden-Württemberg geben, jedoch nur als Ausnahme. Standard ist dann wieder G9.

Geplant ist die Neuerung zum Schuljahr 2025/26. Eine Wechselmöglichkeit für ältere Schüler besteht nicht. Viele Details des Konzeptes müssen aber noch ausgearbeitet werden. Baden-Württemberg Ministerpräsident Kretschmann sagte im April zur G9-Rückkehr, die die grün-schwarze Koalition ausverhandelt hat: „Worauf wir uns geeinigt haben, übertrifft meine Erwartungen.“

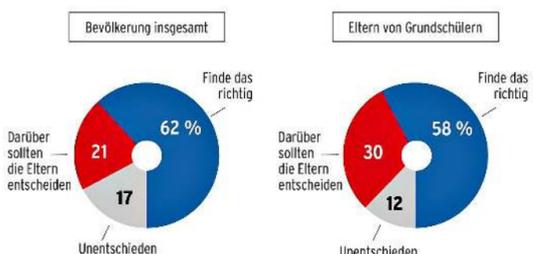
Mehrheit würdigt Leistung der Lehrer

Die Bevölkerung hat vor dem, was Lehrer leisten, großen Respekt. An der Spitze des Bildes, das die Bevölkerung vom Lehrerberuf hat, stehen die hohen Anforderungen und großen Belastungen sowie die Verantwortung, die Lehrer tragen. Mehr als 60 Prozent der Baden-Württemberger assoziieren mit dem Lehrerberuf häufige Auseinandersetzungen mit schwierigen Eltern und Kindern – wobei die Eltern noch etwas problematischer einschätzt werden als die Schüler selbst. 58 Prozent sind überzeugt, dass Lehrer eine große Verantwortung tragen, 55 Prozent betonen die hohe psychische Belastung.

Negative Klischees über den Lehrerberuf sind weit weniger weit verbreitet. So meint nur gut jeder Dritte, dass Lehrer oft nicht auf dem neuesten Stand sind oder dass sie zu viel über ihre beruflichen Belastungen klagen. Weniger als jeder Vierte hält Lehrer für schlecht im Umgang mit Kritik und nur jeder Fünfte meint, dass Lehrer oft schlecht mit Kindern umgehen können.

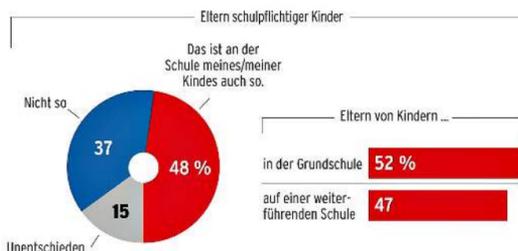
47 Prozent der Befragten glauben, dass der Beruf der Lehrkräfte sehr anstrengend ist – wohingegen nur 14 Prozent glauben, dass Lehrer viel Freizeit haben. Jeder zehnte Befragte gab zudem an, Lehrer würden viel Geld verdienen.

Frage: „Die Landesregierung hat darüber hinaus beschlossen, die verbindliche Grundschulempfehlung wieder einzuführen. Das bedeutet, nicht mehr die Eltern entscheiden darüber, auf welche weiterführende Schule ein Grundschüler kommt, sondern die Grundschule bzw. die Noten. Finden Sie es richtig, dass die Grundschulen über die weiterführende Schule entscheiden, oder sollten darüber die Eltern entscheiden?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 684/1

Frage: „Man hört ja immer wieder davon, dass an manchen Schulen viele Schüler mit mangelnden Deutschkenntnissen in den Schulklassen sitzen und dadurch der Unterricht erschwert wird. Ist das an der Schule Ihres Kindes/Ihrer Kinder auch so, oder ist es dort nicht so?“



Basis: Baden-Württemberg, Eltern mit schulpflichtigen Kindern; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 684/1

Frage: „Wenn Sie nach dem gehen, was Sie über die Schulen in Baden-Württemberg wissen oder gehört haben: Was sind an den Schulen die Hauptprobleme, die vordringlich gelöst werden müssen?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 684/1

Verbindlichkeit bei Grundschulempfehlung erwünscht

Wie die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums, wird auch die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung von einer breiten Mehrheit begrüßt: 62 Prozent der Bürgerinnen und Bürger finden es richtig, dass zukünftig wieder die Grundschulen und der Notenschnitt darüber entscheiden, auf welche weiterführende Schule ein Grundschüler kommt und nicht mehr die Eltern. 21 Prozent der Bevölkerung meinen hingegen, dass darüber weiterhin allein die Eltern entscheiden sollten.

Eltern von Kindern, die derzeit eine Grundschule besuchen, sprechen sich ebenfalls mehrheitlich für die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung aus. Allerdings ist bei ihnen der Anteil derer, die sich wünschen würden, dass weiterhin die Eltern darüber entscheiden sollten, auf welche weiterführende Schule ihr Kind gehen soll, mit 30 Prozent überdurchschnittlich hoch. Die verbindliche Grundschulempfehlung war 2012 von Grün-Rot abgeschafft worden.

Unterrichtsniveau durch mangelndes Deutsch gefährdet

Viele Schülerinnen und Schüler aus dem Südwesten kommen aus Familien, in denen zu Hause kein deutsch gesprochen wird. Das kann zu einem echten Problem im Schulunterricht führen, wenn die Vermittlung von Wissen schon an sprachlichen Hürden scheitert. Das hat Folgen für das Unterrichtsniveau der gesamten Klasse.

Fast die Hälfte – exakt 48 Prozent – der befragten Eltern in Baden-Württemberg – stellt das Integrationsproblem auch an der eigenen Schule fest. Dagegen sagen 37 Prozent

der Befragten, dies sei nicht der Fall. 15 Prozent äußern sich unentschieden. Auffällig ist vor allem, dass das Problem der mangelnden Deutschkenntnisse an Grundschulen noch etwas weiter verbreitet ist, als an den weiterführenden Schulen.

Während 47 Prozent der Eltern älterer Schülerinnen und Schüler die mangelnden Deutschkenntnisse in den Klassen als Problem ansehen, ist es bei den Grundschulkindern sogar mehr als die Hälfte der Eltern – nämlich 52 Prozent.

Lehrermangel löst große Besorgnis bei Eltern aus

Das größte Problem an den baden-württembergischen Schulen ist der Mangel an Lehrern. Das sehen 62 Prozent der Bürger insgesamt und 59 Prozent der Eltern schulpflichtiger Kinder so – kein anderer Mangel löst so viele Sorgen aus. An zweiter Stelle folgen zunehmende Gewalt an Schulen sowie ein Mangel an Deutschkenntnissen unter den Schülern, wobei in beiden Fällen die Gesamtbevölkerung dieses Problem noch etwas größer einschätzt als die Eltern von Schülern.

Vergleichsweise wenig Sorgen machen sich Bürger im Allgemeinen und Eltern im Besonderen über eine womöglich nicht ausreichende Ausbildung von Lehrern und den Mangel an Ganztagsangeboten – diese beiden Punkte sind jeweils nur für etwa ein Fünftel der Befragten vordringlich. Auffallend ist, dass nur in wenigen Punkten die Sorgen der Eltern größer sind als im Bevölkerungsdurchschnitt. Der Fall ist dies bei den Themen Unterrichtsausfall, Klassengröße und Leistungsdruck.